

KBV-Bericht: Kassenärzte rechneten 2021 fast 2,5 Millionen Behandlungen von Impfnebenwirkungen ab

24 Juni 2022 20:02 Uhr

Nebenwirkungsfreie Corona-Impfungen? Fehlanzeige: Ein Papier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung weist 2,5 Millionen Patienten aus, die sich im letzten Jahr allein bei Kassenärzten wegen mutmaßlicher Impfnebenwirkungen behandeln ließen. Das ist etwa jeder 25. Geimpfte.



Quelle: www.globallookpress.com © Klaus Rose
Symbolbild; Hausarzt im Ruhrgebiet, 01.11.2015

von Susan Bonath

Die Hinweise darauf mehrten sich, dass die Corona-Impfungen weitaus nebenwirkungsreicher sind, als öffentlich propagiert wurde und wird. In einem Papier listet die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) nun fast 2,5 Millionen Behandlungsfälle auf, die allein im Jahr 2021 von Vertragsärzten der gesetzlichen Krankenkassen als Impfnebenwirkung abgerechnet wurden.

Das sind rund 33-mal so viele Patienten, die wegen mutmaßlicher Impfkomplicationen einen Arzt aufsuchten, wie noch im Jahr zuvor. So erhielten im Jahr 2020 rund 76.000 Erkrankte diesen Nebenbefund. Zuerst hatte die *Epoch Times* [darüber berichtet](#). In den Leitmedien ist bisher nichts über das alarmierende Papier zu finden.

"Extrem hohe Zahl von Impfnebenwirkungen ist beängstigend"

Das [KBV-Papier](#) ist die Antwort auf eine [Anfrage](#) des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert. Bereits im März hatte er die Frage eingereicht. Die "extrem hohe Zahl von Impfnebenwirkungen" sei "beängstigend", kommentierte er die offizielle Antwort nun und forderte die Bundesregierung auf, "nach eineinhalb Jahren Bagatellisierung" die Zahlen endlich auszuwerten. Nötig sei eine bundesweite Kampagne zu Nebenwirkungen. Impfgeschädigten sei "schnell und unbürokratisch" zu helfen, so Sichert.

Hintergrund für Sicherts Anfrage war ein Warnbrief vom damaligen Vorstand der BKK Provita, Andreas Schöfbeck, an das Paul-Ehrlich-Institut (PEI). Schöfbeck hatte elf Millionen Versichertendaten aller BKK-Mitglieder analysieren lassen und war allein für die ersten zweieinhalb Quartale 2021 auf mehr als 200.000 Behandlungsfälle gestoßen, die als Impfkomplication kodiert waren. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ging er deshalb schon im Februar von zweieinhalb bis drei Millionen bundesweit Betroffenen aus.

Die BKK ProVita hatte Schöfbeck wenig später, nach seinen über 20 Jahren Vorstandstätigkeit, fristlos entlassen. Ein Gespräch zwischen ihm und dem PEI kam nicht mehr zustande. Schöfbeck's Forderung, sämtliche Daten aller gesetzlichen Krankenkassen auszuwerten, erfüllte das PEI hingegen bisher nicht. Die Kassen hätten noch keine Daten geliefert, begründete das Bundesinstitut dies auf mehrere Anfragen der Autorin. Für die nunmehr eingereichte Antwort benötigte die KBV demnach etwa ein Vierteljahr.

KBV macht falsche Angabe zur Zahl verabreichter Impfdosen

Zu bedenken ist allerdings, dass die KBV nur Behandlungsfälle bei kassenärztlichen Vertragsärzten aufführt. Nicht darin enthalten sind Patienten, die sich in eine Klinik begaben oder die sich von Betriebsärzten behandeln ließen. Darüber hinaus enthält das Papier auch fragwürdige Angaben.

So listet die KBV für das Jahr 2021 genau 2.487.526 ambulante Behandlungsfälle auf, die als Impfnebenwirkung kodiert worden waren. Diese kämen auf 172.062.925 Impfdosen, also gut 172 Millionen. Dies ist genau die Zahl, die das PEI in seinem [Sicherheitsbericht](#) angibt, der allerdings Meldedaten und Impfdaten bis zum 31. März dieses Jahres enthält, also drei Monate über den erfassten Zeitraum hinaus.

Tatsächlich meldete das PEI in seinem [vorangegangenen Bericht](#) bis Jahresende 2021 insgesamt 148,76 Millionen verabreichte Impfdosen. Das RKI [berichtete indes am 4. Januar dieses Jahres](#) von 61,74 Millionen mindestens einmal Geimpften zu diesem Zeitpunkt.

Der *Epoch Times* teilte die KBV laut Artikel mit, sie habe die Daten zu den Impfdosen vom PEI erhalten. Demnach lieferte entweder das PEI der KBV die falsche Bezugsgröße oder die KBV schrieb die Daten aus dem falschen Sicherheitsbericht ab. Das ist deshalb problematisch, weil bei einer Gegenüberstellung zu einem längeren Impfzeitraum der prozentuale Anteil der Behandlungsfälle von Nebenwirkungen geringer erscheint.

Mindestens einer von 25 Geimpften ging mit Problemen zum Arzt

Auch die Werte, die die KBV jeweils zu den verabreichten Impfdosen für die Jahre 2016 bis 2020 bezüglich aller Vakzine ermittelt hat, sind nicht eins zu eins vergleichbar mit den Daten für die COVID-19-Impfdosen im vergangenen Jahr. Für die Vorjahre gibt die Vereinigung lediglich die Impfungen an, die von Vertragsärzten der gesetzlichen Kassen verabreicht worden waren. Das sind aber nur knapp drei Viertel der insgesamt verspritzten Dosen, die im Arzneimittelatlas aufgeführt werden.

Für das Jahr 2021 listet die KBV hingegen alle Corona-Impfungen auf, egal, wo sie verabreicht wurden. Derweil nennt sie in beiden Fällen kodierte Impfnebenwirkungen nur für die Arztbehandlungen im vertragsärztlichen Bereich. Das lässt die Unterschiede geringer erscheinen, als sie sind.

Hinzu kommt, dass es sich um Kodierungen für die Honorarabrechnungen handelt, also vermutlich häufig um reine Verdachtsdiagnosen. Weder über die Schwere noch über den zeitlichen Abstand zur Impfung können damit Aussagen getroffen werden. Hier müsste weiter ermittelt werden. Jedoch gilt das gleichermaßen für alle Jahre.

Man kann aber immerhin feststellen, dass auf etwa 60 verabreichte Corona-Impfdosen ein ärztlicher Behandlungsfall kam, bei dem der Arzt eine Impfnebenwirkung attestiert hatte. Das bedeutet: Bei rund 61,7 Millionen Geimpften bis Jahresende 2021 litt einer von etwa 25 Geimpften unter so gravierenden mutmaßlichen Nebenwirkungen nach der ersten, zweiten oder dritten Dosis, dass er einen kassenärztlichen Vertragsarzt konsultierte.

Mit den Daten aus dem Arzneimittelatlas gerechnet, suchte demnach im Jahr 2020 etwa einer von gut 600 Menschen, die ein Vakzin erhalten hatten, einen Kassenarzt wegen mutmaßlicher Nebenwirkungen auf. Bezogen auf die COVID-19-Impfdosen waren dies im vorigen Jahr etwa zehnmal so viele.

Betroffene "bombardieren seit über einem Jahr" Politiker und das PEI

In den letzten Monaten kristallisierte sich zunehmend heraus, dass das Risiko auch schwerwiegender Nebenwirkungen durch die neuartigen, mittels Gentechnologie produzierten COVID-19-Impfstoffe höher als bei herkömmlichen Vakzinen sein dürfte. Auch die Leitmedien, die über ein Jahr lang die Impfungen als sicher darstellten und andererseits Ungeimpfte oder Impfunwillige teils übel beschimpften, berichten inzwischen über das sogenannte Post-Vac-Syndrom, ein vielfältiges, teils schweres und anhaltendes Beschwerdebild, das vor allem junge Menschen nach ihrer Impfung zu ereilen scheint und fast alle Organsysteme betreffen kann.

Die Botschaft der Betroffenen ist, wie [hier](#) beim öffentlich-rechtlichen *Rundfunk Berlin-Brandenburg* (RBB), überall ähnlich: Die Geschädigten fühlen sich allein gelassen. Ärzte sind ratlos, es gibt kaum Hilfe – und wenn, dann kommt sie oft viel zu spät. Nicht selten wird auch ein möglicher Zusammenhang mit einer kurz zuvor verabreichten Corona-Impfung von vornherein negiert. Viele Fälle werden offenbar gar nicht an das PEI gemeldet, manche Behandlungen müssen betroffene Patienten sogar selbst bezahlen.

Die wohl wichtigste Botschaft aus dem *RBB*-Bericht lautet allerdings: Die betroffene Journalistin erläutert, dass mutmaßlich Impfgeschädigte sich längst in sozialen Foren vernetzt hätten und "seit über einem Jahr" das PEI und die Abgeordneten im Deutschen Bundestag mit ihren Forderungen nach Hilfe "bombardieren".

Erst kürzlich, nachdem sogar *Der Spiegel* das Thema [aufgegriffen](#) hatte, räumte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) überhaupt erst ein, [dass es Impfschäden gibt](#) – nicht ohne sie erneut zu bagatellisieren. Zuvor hatte er stets behauptet, die Vakzine seien sicher, vergangenes Jahr hatte er sogar von einer "nebenwirkungsfreien" Impfung gesprochen.

Impfpflichtdebatten trotz Kenntnis über schwere Schäden

Wenn es also stimmt, dass Geschädigte die Abgeordneten seit über einem Jahr anschreiben und sie auf ihre gravierenden Beschwerden aufmerksam machen, ist "die Politik" auch so lange bereits darüber

informiert. Dann wusste der Deutsche Bundestag über solche schweren Schäden auch bereits Bescheid, als er die einrichtungsbezogene Impfpflicht beschloss, als über 200 Abgeordnete den Antrag für die allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren einbrachten, ebenso während der gesamten Debatten darüber und auch während der medialen Hetzkampagne gegen Ungeimpfte.

Doch bis heute werden diese Schäden nach Kenntnis der Autorin nicht gezielt untersucht. Bundesweit hat sich lediglich eine Ambulanz in der Uniklinik Marburg auf dieses Beschwerdebild spezialisiert, die Warteliste soll bereits bis ins nächste Jahr hineinreichen. Eine politische Aufarbeitung scheint derweil weiterhin nicht in Sicht, das ist ein Skandal.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.